

Gemeinsame Erklärung zur steuerlichen Förderung von Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich

Berlin, den 24. Juni 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung hat am 6. Juni 2011 einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden veröffentlicht. Ein solcher steuerlicher Anreiz insbesondere für Eigenheimbesitzer und Privatvermieter ist eine optimale Ergänzung der sehr erfolgreichen KfW-Förderung und absolut unabdingbar, wenn wir alle gemeinsam die Energiewende erfolgreich und kosteneffizient umsetzen möchten.

Mit großer Sorge beobachten wir jedoch derzeit, dass es hierzu zwischen Bundesrat und Bundesregierung große Differenzen gibt, insbesondere in der Frage der Lastenverteilung. Diese ist unserer Ansicht nach zu kurz gegriffen, da die positiven Effekte dieses Förderinstruments nachweislich die dadurch entstehenden Steuerausfälle überkompensieren und sowohl Bund wie auch Länder und Kommunen hiervon gleichermaßen profitieren.

An diesen Differenzen darf ein solch wichtiges Instrument nicht scheitern!

Aus diesem Grund möchten wir Sie als Bündnis aus Unternehmens- und Verbraucherverbänden eindringlich darum bitten, mit Nachdruck eine zeitnahe Einigung herbeizuführen und steuerliche Anreize schnell umzusetzen. Dies ist im großen Interesse der Verbraucher zur Abwendung von Energiearmut, der Unternehmen zur Entwicklung eines nachhaltigen „Green-Tech“-Marktes in Deutschland sowie des Klimaschutzes!

Über die Gelegenheit, sich bald persönlich mit Ihnen zu diesem wichtigen Thema austauschen zu dürfen, würden wir uns sehr freuen. Bei Interesse zögern Sie bitte nicht, mit einem der beteiligten Verbände in Kontakt zu treten.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Christian Noll (Koordinator)

Tel: 030 36409702, E-Mail: christian.noll@deneff.org



Die steuerliche Förderung von Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich kann ein wichtiger Schritt hin zu einer erfolgreichen Energiewende werden – und muss jetzt zügig von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat umgesetzt werden.

Die unterzeichnenden Verbände erklären:

Um die Sanierungsrate zu verdoppeln und die Ziele des Energiekonzeptes zu erreichen, ist eine steuerliche Förderung ergänzend zum KfW-Gebäudesanierungsprogramm ein entscheidender Schritt. Dieser Anreiz ist von enormer Bedeutung, insbesondere um Kleinvermieter und selbstnutzende Gebäudebesitzer effektiv für Energie einsparende Maßnahmen an ihren Gebäuden zu gewinnen. Mit den bestehenden Instrumenten konnten diese als Eigentümer von mehr als zwei Dritteln des deutschen Gebäudebestandes, bislang nicht ausreichend motiviert werden.

Von Investitionen zur energetischen Gebäudesanierung profitieren zu 90 Prozent heimische Anbieter von Effizienztechnologien, -dienstleistungen sowie Erneuerbare-Energien-Technologien und in besonderem Maße regionale Unternehmen und Handwerksbetriebe. Die positiven Effekte auf Wirtschaft bestehen in bis zu 18 Mrd. € zusätzlichen Investitionen jährlich und etwa 220.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Die ausgelösten Steuermehreinnahmen überwiegen die Aufkommensausfälle und kommen insbesondere Ländern und Kommunen zu Gute. Hinzu kommt die Vermeidung von mindestens zu 58 Mio. t CO₂ (vgl. ARGE Kiel, RWI 2009).

Um Investitionen bereits dieses Jahr auszulösen sollte die geplante Förderung schon mit dem Tag der Verkündung des Gesetzes wirksam werden. Die zu erfüllenden Anforderungen sollten so gefasst werden, dass die gewünschten Sanierungsraten erreicht werden können. In diesem Zusammenhang sollten auch zielführende Einzelmaßnahmen gefördert werden.

Um die Potenziale des Gebäudesektors zur Einsparung von Brennstoffen und CO₂-Emissionen für die Energiewende nutzbar zu machen, fordern die unterzeichnenden Verbände:

- **Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung auf, sich auf eine schnelle und effektive Umsetzung zu einigen**
- **Ergänzend zur steuerlichen Förderung das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf mindestens 2 Mrd. Euro jährlich aufzustocken und zu verstetigen**

Unterzeichner:

- Björn Klusmann, Geschäftsführer Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE),
- Christian Noll, Geschäftsführender Vorstand Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF)
- Prof. Dr.-Ing. Christian Küchen, IWO (Institut für Wärme und Oeltechnik e. V.)
- Dr. Klaus Picard, Hauptgeschäftsführer Mineralölwirtschaftsverband e. V.
- Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
- Dipl.-Ing Klaus Rollenhagen, Hauptgeschäftsführer Verband Beratender Ingenieure VBI